



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und Fraktion (SPD)

Keine faulen Kompromisse bei der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik akzeptieren – für eine soziale, gerechte und nachhaltige GAP

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das Ergebnis der fast zweitägigen Verhandlungen der Agrarminister am Mittwochmorgen ist enttäuschend und wird der notwendigen Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nicht gerecht. Der zuvor schon hart umkämpfte, aber letztlich doch akzeptable Kompromiss der drei größten Fraktionen, S&D, EVP und Renew (Liberale) wird mit der Festlegung von 20 Prozent der Direktzahlungen für die Ökoregelungen (Eco-Schemes) unter der Verhandlungsführung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner massiv unterlaufen. Dies dient weder einer sozialen, noch einer ökologischen Stärkung der Agrarpolitik.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundes- und Europaebene dafür Sorge zu tragen, dass

- der Kompromiss des EU-Parlaments, welcher einen verpflichtenden Anteil von 30 Prozent für Ökoregelungen vorsieht, in den Trilogverhandlungen umgesetzt wird,
- eine Kappung der Direktzahlung erfolgt,
- bei der Umsetzung der GAP-Reform in Deutschland ausschließlich ökologisch sinnvolle Maßnahmen im Bereich der Ökoregelungen (Eco-Schemes) angeboten werden, die dem Ressourcen- und Artenschutz sowie den dringend erforderlichen Klimaschutzanstrengungen dienen und
- europaweit Betriebe von Direktzahlungen ausgeschlossen werden, die gegen soziale Mindeststandards (nationaler Mindestlohn, Arbeitnehmerschutz, Sozialversicherungspflicht) verstoßen.

Begründung:

Die GAP der EU muss gerechter, sozialer und ökologischer werden. Diese Zielsetzung ist die Grundlage des Kompromisspapiers der drei größten Fraktionen, S&D, EVP und Renew (Liberale) im EU-Parlament.

Dieser schon hart verhandelte Kompromiss wurde bei der Einigung der Agrarminister der Mitgliedstaaten am Mittwochmorgen in Luxemburg konterkariert, deren Ergebnis

offensichtlich nur eine Fortsetzung der bisherigen Agrarpolitik mit einigen kleinen Schritten der Ökologisierung zum Ziel hat. Diese Einigung der Agrarminister der Mitgliedstaaten unter Führung der Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) ist nicht dazu in der Lage, die notwendige Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen GAP einzuleiten.

Die Trilogverhandlungen müssen dazu genutzt werden, die Forderungen des EU-Parlaments zu untermauern.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, bei der nationalen Umsetzung der verpflichtenden Ökoregelungen (Eco-Schemes) ausschließlich wirksame Instrumente zu etablieren, die einen hohen Mehrwert für den Klimaschutz, die Biodiversität und den Gewässer- und Grundwasserschutz in den jeweiligen Regionen bieten.

Ferner ist es aus sozialer Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der europäischen Landwirtschaft dringend geboten, Betriebe, die gegen soziale Mindeststandards verstoßen, von den Direktzahlungen auszuschließen.